

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

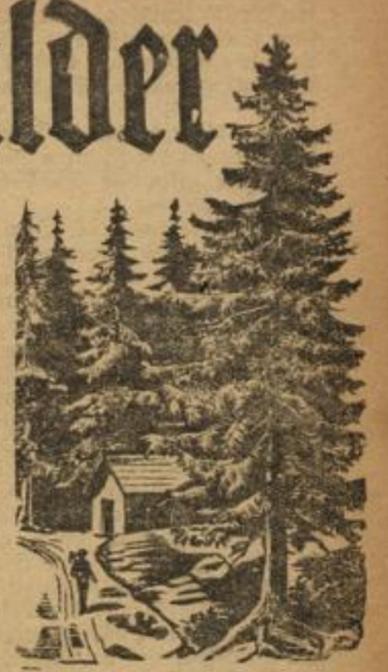
mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Wochentags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 90 Pf. Durch die Post im Reichsgebiet 2,25 M. in Baden-Württemberg 2,50 M. vierteljährlich, hiesig 2,75 Pf. Ausland 12 Pf. von auswärtig 15 Pf. die Postzeitung oder deren Raum. Kellern 25 Pf. die Postzeitung. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pf. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pf.

Nr. 132

Samstag, den 7. Juni 1919

36. Jahrgang.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 5. Juni. Das Vize-Komitee beschloß die türkischen Bevollmächtigten zur Friedenskonferenz einzuberufen.

Paris, 6. Juni. Lloyd George läßt in Abrede stellen, daß einflußreiche Persönlichkeiten und Arbeiterführer auf ihn haben einwirken wollen, die Friedensbedingungen zu mildern.

Paris, 6. Juni. Berlin verlangt für über 200.000 getötete Amerikaner und Vernichtung von 34 Mill. Franken Staats- und 3 1/2 Mill. Privateigentum Entschädigung.

Am 13. Juni erfolgt die Antwort.

Paris, 6. Juni. Das Vize-Komitee lehnt die Beratung der Gegenvorschläge fort. Hinsichtlich des Saarbeckens und der Beibehaltung des linken Rheinufers sei eine Änderung des Vertrags nicht zu erwarten. Vielleicht werde der Rat annähernd die Höhe der Entschädigung festsetzen. Es bestehe keine Meinungsverschiedenheit, da alle Verbündeten einig seien, vor Deutschland die Zustimmung zum Vertrag zu verlangen. Die Antwort auf die Gegenvorschläge werde wahrscheinlich am Freitag (13. Juni) der deutschen Abordnung übergeben. Darin werde u. a. die deutsche Behauptung, daß die 14 Punkte verletzt worden seien, abgelehnt und erklärt, daß die Covierung zu Ende sei. Dem Grafen Brockdorff werde eine Frist von 3 bis 5 Tagen gewährt, der dann sofort mit der Friedensabordnung nach Berlin abreise und nach Verständigung mit der deutschen Regierung entweder wieder nach Versailles zur Unterzeichnung zurückkehre, oder von Berlin aus die Verweigerung mitteile, für welche letzteren Fall von Marichall Foch und dem Obersten Kriegsrat die erforderlichen Maßnahmen ins Auge gefaßt seien.

Die Südafrikaner bei Lloyd George.

Paris, 5. Juni. Lloyd George empfing heute die südafrikanische nationalistische Abordnung zu einer privaten Unterredung, die eine Stunde dauerte. Der Hof sprach als einziger. Lloyd George versprach, daß er sich so bald wie möglich zu den erörterten Fragen äußern werde.

Der Krieg im Osten.

London, 6. Juni. „Daily Mail“ meldet: Zur Abklärung der deutschen Front vor Riga sind 32.000

Mann veränderte Truppen unterwegs. Die gesamte deutsche Ostfront wird drei Wochen nach Pfingsten übernommen werden.

Wien, 6. Juni. Von den Magyaren geschlagene Infanteriebrigaden sind einige tausend Senegaleser zu Hilfe geschickt worden, die durch Preßburg marschieren. Weitere Verstärkungen von Negern kamen durch Brunn.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 6. Juni. Wie die „B. Z.“ meldet, ist der italienische Hauptmann von Beerfeldt gestern abend durch Offiziere in einem Restaurant verhaftet worden.

Mannheim, 6. Juni. In der Pfalz werden auf Pfingsten neue Paraden vorbereitet.

Breslau, 6. Juni. Der Vorsitzende der deutschen Turnerischen, Geh. San.-Mat. Dr. Foeßliß, ist plötzlich gestorben.

Wien, 6. Juni. Fürstbischof Piffel von Wien hat namens der deutsch-österreichischen Bischöfe den Papst um Vermittlung in der Friedensangelegenheit gebeten.

Aus dem Friedensausfluß.

Berlin, 6. Juni. Im Friedensausfluß der Nationalversammlung werden morgen die Vertreter der P. P. P. bei der Sitzung der Friedenskommission.

Die Nationalversammlung ist am 12. Juni einberufen.

Bamberg, 6. Juni. Im bayerischen Landtag wurde mitgeteilt, daß der Abgeordnete Element in der Kammer als Versammlungssprecher von den Franzosen verhaftet worden sei. Der Landtag erhebt gegen diesen Verstoß Einsprüche.

Frankfurt a. M., 6. Juni. Redakteur Steffen von der sog. „Hälftigen Post“ in Speier ist verhaftet und fortgeschickt worden.

Levine standrechtlich erschossen.

München, 6. Juni. Gestern mittag wurde das Todesurteil an dem russischen Bolschewiken Levine durch standrechtliche Erschießung vollzogen.

Vor dem Standgericht München begannen die Verhandlung gegen den Kaufmann Michael Gronauer und den Bildhauer Muehlbaum, die angeklagt sind des Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat, begangen

dadurch, daß sie an Revolutionstrüben unter der Käterregierung als Richter und Verhandlungsleiter teilnahmen.

Berlin, 6. Juni. Ministerpräsident Scheidemann sandte an Ministerpräsident Hoffmann telegraphisch die Bitte, das Urteil nicht vollstrecken zu lassen, bis eine mündliche Aussprache stattgefunden habe. Das Telegramm kam aber zu spät.

Englische Rohheit.

Berlin, 6. Juni. Es wird gemeldet, daß bei den Aufräumungsarbeiten im Kriegsgebiet viele deutsche Gefangene durch explodierende Granaten und Minen den Tod gefunden haben, weil die feindlichen Dienststellen die Blindgänger zwingen ließen, ohne daß die in der Nähe arbeitenden Kriegsgefangenen gewarnt wurden. Gegen diese barbarische Behandlung der Gefangenen ist bei der englischen Regierung nachdrücklich Einspruch erhoben worden.

Clemenceau autsmüde.

Bern, 6. Juni. In hohen politischen Kreisen verlautet, Clemenceau werde demnächst das Ministerpräsidentenamt niederlegen.

Paris, 6. Juni. Seit einigen Tagen enthalten einige Blätter Andeutungen über Zwischenfälle in Toulouse. Es scheint, daß die dort stehenden Regimenter gemuntert haben.

Baden.

(-) Karlsruhe, 6. Juni. (Keine Ausgabe des Karlsruherbezugs.) Der Karlsruher Stadtrat hat, wie wir mitgeteilt haben, beim Ministerium des Innern die sofortige Aufhebung aller Verbote und Beschränkungen einschließlich der Höchstpreisordnungen für den Bezug von Kartoffeln in Mengen von nicht mehr als 1 Ztr. für die städtische Haushaltung beantragt. Dazu teilt die „Köln. Ztg.“ mit, daß das Ministerium könnte diesem Antrag nur im Einverständnis mit dem Reichsernährungsministerium stattgeben. Da die Bewilligung des Antrags die bestehende Zwangsbeschränkung der Kartoffeln durchbrochen würde, erscheint es ausgeschlossen, daß das Reichsernährungsministerium dem Antrag zustimmt, zumal die Zwangsbeschränkung der Kartoffeln auch für das kommende Wirtschaftsjahr nicht entbehrt werden kann. Dies wurde in eingehenden Besprechun-

gen noch mit sehr glücklichem Gesichtseliel sie der Mutter um den Hals und bat, ihren Karl und sie zu segnen als Brautpaar.

Dann folgte in den beiden Nachbarnhäusern allerlei zehnjähriges Geze, zuletzt wurde sogar der alte Vater zur Beratung geholt. Spät abends aber, eine Stunde vor Mitternacht, begab sich das Wunderkind, was unter mühsamen Stadien je erlief: in der alten Kavelle auf freiem Felde, da vor dem Martini-Tor, wurde der Nacht und Nebel ein junges Paar getraut.

Vil, Kind, selte Dir mein Erstaunen vor, als ich geheimnisvoll hergeholt und in der Finsternis zur Kavelle gebracht wurde, um dort zusammen mit Vorchens Mutter und Fritz Berger, dem Freunde Derrnau's, Trauzeugen bei Lore zu sein! Wundervoll gefällig für einen zehnjährigen Knopf, in welchem alle Behmgerichtszwischenfälle lebendig wurden!

Es war eine weiche, dunkle Frühlingsnacht; der Himmel mit dunklen Wolken überzogen, aus denen ferne Blitze das Herannahen des Gewitters verkündeten.

Der alte Piarier, der die Mutter schon getraut und Vorchens getauft hatte, hielt eine kurze, aber um so ergreifendere Rede, die uns alle aufs Tiefste rührte. Nach der Trauung half ich schlüpfend dem Vorchens den Rytthensfang aus dem Saar lösen und mit einer mächtigen Heube, wie die Bauernfrauen, deren Tracht sie sich als Verkleidung gewählet, sie trugen, vertauschen. Die Mutter war sprachlos vor Schmerz und wie betäubt durch den stöhlischen Verlust der geliebten Tochter. Karl Derrnau hatte inzwischen ebenfalls die Tracht eines Bauern angelegt, leitete einen arbeitsigen, einpännenigen Bauernwagen vor die Tür der Kavelle und hob nach einem verzweifelnden Abschiede von uns allen Vorchens unter der schützenden Jethach, Orell beleuchtete der Blig die traurige Szene, in der Rechte grölte dumpf der Donner, die Nacht war rabenschwarz geworden, und unter ihrem Schutze entliefen die Beiden glücklich über die schlafende Gasse.

Die Verlobung im Keller.

Eine Pfingstgeschichte aus den Verzeirungskriegen.

(Erschienen in der Beilage.)

Für Vorchens aber erwuchs in dieser Zeit noch ein besondere Teübal. Von allen Seiten kam die Kunde daß die Franzosen eine gar gewalttätige Art hätten deutschen Schönen die Kur zu machen. Gesiel ihm... Mädchen, so ließen sie daselbe ohne weiteres durch ihre Soldaten rauben und schleppen die Unglücklichen fort. Handlungen der rohesten Willkür waren an der Tagesordnung. Was war zu tun? Man versuchte Frauen und Töchter aus Furcht vor rohen Beleidigungen, wenn Franzosen sich dem Städtchen näherten.

Das arme Vorchens hatte die härteste Zeit; die Mutter sah in ihrer Angst beständig Gespenster und zwang das Mädchen, die meiste Zeit in dem Keller des Haus zu verbringen. Manchen Nachmittags habe ich ihr dort Gesellschaft geleistet. „Schau“, sagte ich einmal, „durch das Fensterchen hier kannst Du ja direkt in den Garten des Nachbarn Derrnau sehen! Nun ist's ein richtiger Vorenzwinger?“ — Da wurde das Vorchens rot und wandte sich ab.

Eines Tages nun, es war am Sonnabend vor dem Pfingstfest und ein blühender Maitag wie heute, da durchzog ein großer Trupp Feinde die Stadt. Vorchens sah natürlich im Keller. Als die gefährlichen Parteilings zum Tore hinaus waren, wurde die Eingangsreihe ans Licht geholt, und was tut das naive Mädchen? Sie hat sich im Wohnzimmer ins offene Fenster! Nach der langen Wost war es so wunnig, die witzige Frühlingsluft einatmen und dem Treiben auf der Straße zuzusehen. Aber Unglück schlägt nicht! — Sein Pferd, das ein hübschen verloren hatte, am Jügel führend, kam ein junger französischer Offizier daher. Das reizende Mädchenbild hinter den Roien und Weißweigen

erblicken, die Jügel einem Jungen zuwerfen und die Treppe hinaufsteigen ins Haus, war das Werk eines Augenblicks. Schnell entschloß sich die Kleine in ihr Versteck, allein was half's? Der Franzose hatte sie nun einmal gesehen und fürchte wie toll durchs Haus.

„Ad will die schöne Mäd!“ so schrie er unaufhörlich, und von der zisternden Mutter gefolgt, kletterte er, nachdem er alle Zimmer und auch die Höden vergeblich durchsucht, zuletzt auch in den Keller. Aber o Wunder! Das Rest war leer, das Böglein entflohen! Durch die vergebliche Hausdurchsuchung noch wütender gemacht, schaute der Offizier, er würde am andern Tag mit einer ganzen Schwadron zurückkommen und dann das Mädchen schon finden. Nachdem er im Wohnzimmer noch ein kleines, auf Elfenbein gemaltes Portrait Vorchens von der Wand gerissen und zu sich gesteckt, verschwand er unter Drohungen.

In Tränen aufgelöst blieb die Mutter zurück, verwirrt und vollkommen ratlos.

Doch wer beschreibt ihre Verwunderung, als plötzlich ihr Nachbar, der junge Derrnau, ersch. nt und sie in aller Form und Feiertlichkeit um die Hand ihrer Tochter bittet!

„Ach Gott,“ meint die Arme, „das Vorchens ist so verchwunden, sie ist nicht mehr in ihrem Versteck! Und fände ich sie auch heute, was hilft's? morgen raubt mir der Franzose sie doch! Was lange ich Unglückliche an? O, der Krieg, der Krieg!“

Da hat der junge Mann verlegen gelacht und gemeint: „Verlassen Sie sich mir ganz auf mich, Mama — wenn ich Sie so nennen darf! — ich werde das Vorchens schon beschützen, ist sie erst meine Frau! Und im Keller — ist sie doch! Wor nicht in dem Abriegen — aber in meinem Keller!“

Er führte die überausche Dame in sein Haus, viele Treppen hinunter. Die jetzt doppelt Gefangene fand sich richtig. Ein bißchen beschämt und verweint, aber



gen im Reichsernährungsministerium, an denen Vertreter der süddeutschen Gliedstaaten und auch des deutschen Städtetags erst kürzlich übereinstimmend festgestellt. Das Ministerium hat deshalb von einer Weiterleitung des Antrags an das Reichsernährungsministerium abgesehen.

(-) **Biorzheim**, 6. Juni. Das Bezirksamt hat in Anbetracht der schweren Zeitverhältnisse auch in diesem Jahr öffentliche Tanzbelustigungen am Pfingstmontag unterläßt.

(-) **Heidelberg**, 6. Juni. Nach der Heidelberger Zeitung hat das Zementwerk Veimen seinen Betrieb eingestellt. Das Werk hätte wegen Kohlenmangels die Einstellung des Betriebes durchzuführen müssen, nun ist die Einstellung erfolgt wegen Differenzen zwischen der Fabrikleitung und der Arbeiterschaft. Die arbeitswilligen Arbeiter sollen anderweitig beschäftigt werden.

(-) **Mannheim**, 6. Juni. Bei dem Putz der Kommunisten und Unabhängigen am 22. Februar wurden bekanntlich eine Anzahl Akten des Landgerichts von den Demonstranten gestohlen, in einem Automobil auf die Kenntwiese gefahren und dort verbrannt. Die Personen, die an dieser Tat beteiligt waren, werden, wie wir bereits mitgeteilt haben, am Samstag abgeurteilt. Es erhielten der 38jährige Wirt August Borch 6 Monate Gefängnis, der 32jährige Former Michael Traub 4 Monate Gefängnis, der 33jährige Spengler August Dackardt und der 26jährige Volkwehmann je zwei Monate Gefängnis und der 22jährige Volkwehmann Heinrich Brust zwei Monate Gefängnis.

(-) **Vörrach**, 5. Juni. Die schweizerische Grenzpolizei hat am Bahnstrang Basel-Vörrach zwei Schmuggler aus Vörrach festgenommen, die 20 Kilo Kakao, 10 Kilo Schokolade, 1 1/2 Kilo Sacharin, 1 1/2 Kilo Toilette-seife, ferner Tabak, Pfeffer, Stumpfen, kondensierte Milch, Gummibänder, Tee und Reis bei sich führten. Später wurde ein dritter Schmuggler verhaftet, der Leinwände über die Grenze schaffen wollte.

Wochenrundschau.

So widersprechend wie gegenwärtig sind die amtlichen, halbamtlichen und viertelamtlichen Zeitungsmeldungen aus dem Westen noch nie gewesen, wie in der abgelaufenen Woche. Und das will etwas heißen. Man könnte meinen — und vielleicht ist etwas daran —, daß sich neben dem Viererrat in Paris das ganze Heer der alliierten und assoziierten Bevollmächtigten, Delegierten und Sachverständigen in Gruppen und Gruppen gespalten habe, von denen jede die geschäftigen Vertreter der Presse in ihrem Sinne mit Nachrichten versieht, um Stimmung zu machen. Bald heißt es, in diesem und jenem Punkt sind „Zugeständnisse“ zu erwarten, bald wird jede Erleichterung in Abrede gestellt. Bald ist es Wilson, der unmadigig ist, bald sind es die Engländer und Franzosen. Dann heißt es wieder, die amerikanische Abordnung wolle Wilson umstimmen, und über allem fährt das Bureau Reuter mit überlegener Geistesbewegung und erklärt, es bestehe überhaupt keine „grundtägliche Meinungsverschiedenheit“. Was und wem soll man glauben? Am besten würde schon sein, wenn man allen diesen Nachrichten von vornherein einen gelinden Zweifel entgegensetzt. Nur das ist wohl sicher, daß die verschiedenen Noten des Grafen Brockdorff-Rangau und die Gegenvorschläge der Reichsregierung den Hauptern der Friedenskonferenz das Konzept etwas verdorben haben. Sie sind in einige Verlegenheit geraten, denn auf die Noten hatten sie nichts Stützliches zu erwidern, wie die gewundenen Antworten Clemenceaus, namentlich in der Schuldfrage, genügend deutlich gezeigt haben, und auf die Gegenvorschläge, die ebenso wie der Friedensvertragsentwurf selbst immer noch den Ententeländern verheißelicht werden, ist noch keine Erwiderung erfolgt. Die diplomatische Taktik des Grafen Brockdorff-Rangau hat doch wohl das Richtige getroffen: sie hat die Gegner moralisch und rechtlich entwaffnet. Gegen ihre eigenen Waffen und ihr eigenes Rüstzeug, das Programm Wilsons und Lansing, konnten sie nicht aufkommen, mögen sie jetzt daran herumdenken und drehen, wie sie wollen. Namentlich Wilson sieht sich in die Tinte geiezt. Der Herr ist, wie alle eillen Menschen, auch sehr empfindlich und er hat es sehr läbel angenommen, daß von der deutschen Friedensabordnung ihm vorgelesen wurde, seine 14 Punkte seien nur eine Kriegslist gewesen, das unbeflegte Deutschland zur Waffenmiederlegung zu bewegen, und er selbst habe sein Wort gebrochen. Das wird er nicht verzeihen, umso weniger, als er nichts dagegen sagen kann.

Aber daß die Rolle der gekränkten Leberwurst nicht allen Konferenzteilnehmern paßt und daß tatsächlich doch „grundtägliche Meinungsverschiedenheiten“ bestehen, geht schon daraus hervor, daß das englische Ministerium am Sonntag (1) und Montag lange Sitzungen abhielt und daß tags darauf 16 englische Minister — Bonar Law sogar im Flugzeug — nach Paris abreisten. Es muß also doch etwas Wichtiges und Grundtägliches sein, das diesen umständlichen Apparat mobil machte. Wenn alles so glatt wäre, wie das Sprachrohr der britischen Regierung, Reuter, glauben machen will, so hätte es dieser Reise nicht bedurft. Es mag dahingestellt sein, ob es gilt, auch Lloyd George zu „Zugeständnissen“ zu bewegen, ehe man es auf das Reißerische, die Erneuerung der strengsten Blockade gegen Deutschland, ankommen läßt. Dieses Drohungsmittel hat von seinem Schrecken etwas eingebüßt, nachdem die Schweiz, Dänemark und Schweden (nach Reuter) erklärt haben, daß sie an der Blockade sich nicht beteiligen werden. Aberdies ist die Ausnahmsregelungsbloade, jeden Monat nach Beendigung des Kriegs, für die Urheber selbst nicht mehr unbedenklich: es ist billig zu bezweifeln, ob in den Vereinigten Staaten Kongress und Volk diese Barbarei billigen und unterstützen würden. Gerade die Mitglieder des amerikanischen Abkommens haben ja zu Zugeständnissen bereit sein: bezüglich in dieser Hinsicht. So hätten sie schließlich nichts übrig, als das gesamte Deutsch-Ostafrika Deutschland an Frankreich zu lassen und Anstrich des Völkerbunds übertragen würde, damit es den Ver-

pflichtungen des Friedensvertrags eher nachzukommen in den Stand gesetzt werde. Ostafrika ist den Amerikanern gleichgültig. Aber nicht den Engländern. Lloyd George möchte die „Abrundung“ des britischen Kolonialbesitzes nicht veräumen, daher würde er lieber noch die ober-schleischen Kohlen- und Eisenerzgebiete Deutschland belassen, wenn man ihm schon etwas zugehen soll. Das aber paßt wieder den Amerikanern weniger, denn sie wollen an Deutschland Kohlen und Maschinen verkaufen.

Ob bei den „Meinungsverschiedenheiten“ etwas für Deutschland herauskommt, oder ob schließlich doch der nackte Gewaltstandpunkt die Oberhand behält, werden wir voraussichtlich bald erfahren. Ende nächster Woche wird Clemenceau der deutschen Friedensabordnung die Antwort des Obersten Rats auf die Gegenvorschläge erteilen. In einer Frist von 3 bis 5 Tagen hat dann Deutschland sich schlüssig zu machen, ob es annehmen oder ablehnen will.

Nichts wäre den Verbündeten lieber, als wenn sie die Frucht ihres Karren Glücks durch die Unterzeichnung des Vertrags bald unter Dach und Fach bekämen, denn die Lage wird bei ihnen brenzlich. Bei ihrer „Intervention“ in Rußland haben sie sich keine Vorbeeren geholt, und nachdem der Japaner sich lächelnd mit seinem Kriegsgewinn — die chinesische Provinz Schantung mit Kiautschau und die ehemaligen deutschen Karolinen-, Marianen- und Marshallinseln im Stillen Weltmeer — zurückgezogen hat, winken auch keine militärischen Ruhmestaten mehr. Dafür regen sich in den alliierten und assoziierten Staaten Kräfte, die man seither mit dem Friedensgesetz mehr oder minder vollkommen im Banne halten konnte. Die geistliche Einführung des achtstündigen Arbeitstags und die Lohnhöhungen in Deutschland haben den Arbeitern der Ententeänder einen mächtigen Aufstoß gegeben, diese alte Forderungen der sozialistischen Internationale auch für sich zu verwickeln. Die in Frankreich, Italien, England, Island, Kanada und Kennerl ausgebrochenen Streiks haben mit dem Friedensvertrag so gut wie nichts zu tun, und es wäre für ein gefährlicher Irrtum, zu glauben, daß die Bewegung, die namentlich in Frankreich eine so rasche und große Ausdehnung angenommen hat, eine bewachte Hilfeleistung für Deutschland sei. Die Arbeiter der feindlichen Länder wollen die Zeitlage benutzen, um ihre soziale und wirtschaftliche Lage zu heben. Das ist alles. Aber es ist darum für uns doch mittelbar von großer Bedeutung insofern, als für die sogenannten Sieger der Boden unter den Füßen ins Wanken kommt. Die Streiks bedingen bei ihrer Ausdehnung einen gewaltigen Verlust an Nationalgütern und wenn die achtstündige Arbeitszeit, verbunden mit einer beträchtlichen Lohnhöhung, erkämpft werden kann, was wohl möglich ist, so wird in den feindlichen Ländern die sofortige Folge eine starke Steigerung aller Warenpreise im weitesten Sinne des Wortes sein — auch ohne Blockade. Den Feinden wird eine wirtschaftliche Krise so wenig erwartet bleiben, als uns und das ist vielleicht geeignet, ihren Hebermut etwas zu dämpfen. Man nichts schaden, und verdient haben sie es reichlich. Die Arbeiterbewegung in Frankreich wird Clemenceau nicht mehr mit Majdmengegewehren unterdrücken können, wie vor Jahren die Revolte der Wein-gärtner in der Champagne; auf das französische Meer ist in dieser Hinsicht kein Verlaß mehr, wie die Meutereien in Odessa, Viban und Toulouse gezeigt haben.

Wir haben keine Veranlassung zur Schadenfreude, sie würde uns wenig anstehen. Haben wir doch in dieser Woche erleben müssen, daß ein paar charakter- und gewissenlose Menschen im Einverständnis und mit Unterstützung des Landesfeindes in Mainz und Wiesbaden die „Rheinische Republik“ unter französischer Schutzherrschaft ausgerufen haben. Schon im Dezember vor. Es war von der Errichtung einer Rheinisch-westfälischen Republik die Rede, aber das war eine ganz andere Sache. Die katholischen Kreise lehnten sich unter Führung des Abg. Trimborn gegen die maßlose Kirchenfeindschaft des damaligen preussischen Kultusministers Hoffmann auf die Republik war nicht als eine Lostrennung vom Reich, sondern von der religionsfeindlichen Richtung der maßgebenden Regierungskreise in Preußen gedacht. Bei den Putz in Wiesbaden aber handelt es sich um offenen Hochverrat. Der Führer ist ein ehemaliger Staatsanwält namens Doret, der mit einigen Zentrumsgesandten und geführt auf einen kleinen Kreis von Leuten, die in den Kriegsjahren Geld gemacht haben und sich nun um die Kriegssteuern und Abgaben häufen möchten, zu dem von französischer Seite arrangierten Putz hergegeben haben. Die Engländer und Amerikaner haben, nebenbei bemerkt, an der Karrenpost sich nicht beteiligt. Es wäre aber verkehrt, die Zentrumspartei mit der Sache in Verbindung zu bringen. Das Zentrum hat in schärfster Weise das Tafelstück zwischen sich mit den früheren Parteifreunden zerstückelt und jede Gemeinschaft mit ihnen aufgehoben. Den Vertretern ist auch bereits ein Teil ihres Lohnes verabreicht worden: als der Herr „Präsident“ Doret am Mittwoch nachmittag, während die Beamten abwesend waren, mit seinem „Kabinett“ in das Regierungsgebäude in Wiesbaden eindrang, um darselbst die neue Regierung zu etablieren, ging ihnen das Volk nach und schlug sie umher. Nur der Herr Präsident selbst, der sich noch rasch verstecken konnte, entging leider dem verdienten Schicksal. Aber die Strafe wird auch ihn ereilen. Der Reichsanwalt ist bereits von der Reichsregierung beauftragt, die ganze Gesellschaft strafrechtlich zu verfolgen.

Auch in Hannover spukt der Lostrennungsgedanke. Hier haben ohne Zweifel die Engländer die Hände im Spiel. Hannover war für Großbritannien wegen der früheren Personalunion durch das welfische Fürstentum eine Art Springbrett, mittels dessen man sich jederzeit in deutsche Angelegenheiten einmischen konnte. Dielem Zustand, der die Errichtung des Deutschen Reichs für alle Zeiten unmöglich gemacht hätte, hat Bismarck durch die nicht zu unzehende Einverleibung in Preußen ein Ziel gesetzt. England möchte aber neben dem wirtschaftlichen auch den politischen Einfluß über Deutschland den es früher Jahrhunderte hindurch besaß, wiedergewin-

nen. Nichts einziger, als daß man die durch den reichsfeindlichen „Maukrieg“ um ihr Recht gebrachten Welfen, den Herzog von Cumberland oder dessen Sohn, den Herzog von Braunschweig (Schwiegerohn des Kaisers), die die nächsten Verwandten des englischen Königs sind, wieder in ihre alten Rechte einsetzt. Die Welfenpartei in Hannover ist, wie es scheint, dem Plan zugeneigt. Aber wehe Deutschland, wenn der schlaue Schachzug Erfolg hätte. Deutschland würde nie wieder zu politischer Selbständigkeit gelangen oder es mühte sie mit Strömen von Bruderblut erkaufen.

Neuerdings hört man von einer neuen Einmachequelle für das Reich, die die Reichsregierung in Vorschlag bringen wolle, um unsere kolossale Schuldenlast zu tragen. Reichsfinanzminister Dernburg gab vor ein paar Wochen die Kriegsschuld auf 150 Milliarden an. Die Reichsschuld vor dem Krieg betrug 4,9 Milliarden. Dazu kamen die Schulden der Bundesstaaten mit zusammen 16,8 Milliarden. Diese sind nun aber auf etwa 22 Milliarden angewachsen. Mit den seit der Revolution durch Notenausgaben usw. erwachsenen Schulden hat das Reich für sich jetzt eine Belastung von ungefährt 190 Milliarden und die Gesamtverschuldung ist mit 220 Milliarden kaum zu hoch gegriffen, ungerechnet die Schulden der Städte, Gemeinden, Kreise, Provinzen usw. Dazu kommen die 100 Milliarden in Goldmark, die den Feinden als Kriegsschädigung aufgehoben worden sind, die Verschuldung, die sich nicht mehr auf 65, sondern vielleicht auf 57 Millionen Einwohner verteilt, übersteigt also unser gesamtes Volkvermögen um ein Beträchtliches. Während vor dem Krieg die auf den Kopf vom Säugling bis zum Greis fallende Belastung für Reich und Bundesstaaten zusammen 330 Mark betrug, wird sie sich in Zukunft auf 10 bis 11000 Mark stellen. Da heißt es Einnahmen schaffen. Und so sollen nun von einem bestimmten Tag an alle Betriebe im Reich täglich eine Stunde länger als bisher arbeiten. Für diese Reichsarbeit soll dem Arbeiter der übliche Stundenlohn bezahlt werden. Da sonst für Überstunden ein höherer Lohn bezahlt wird, soll der Unternehmer diese Überstunden mit einem Aufschlag von einer Mark auf den gewöhnlichen Lohn bezahlen; diese Mark aber soll das Reich erhalten. Da nun in Deutschland etwa 21 Millionen Menschen für Tagelohn arbeiten, würde das Reichstage eine jährliche Einnahme von c. 17 Milliarden Mark einbringen. Die Sache scheint noch nicht spruchreif zu sein, aber mit einer Beherrschung der Produktion, die diese zugleich steigern soll, wird man wohl rechnen dürfen.

Am 2. Juni ist endlich auch der österreichische Friedensabordnung in St. Germain bei Paris der Entwurf des Friedensvertrags durch Clemenceau übergeben worden, auf den sie seit dem 14. Mai an Ort und Stelle gewartet hatte. Zwar fehlt in dem Entwurf bis jetzt beinahe nur die Hauptache, nämlich die Bestimmungen über die künftigen Grenzlinien, über der Heeresbestand und über die Forderungen der Wiedergutmachung und der Kriegsschädigung, aber was die Abordnung zu hören bekam, genigte schon, um die mit echtem Wiener Frohsinn zur Friedenskonferenz abgereisten Herren aus allen Himmeln zu führen. Dieses Österreich, der Kern eines einst 52 Millionen zählenden Reichs, wird auf einem Stumpf von höchstens 6 Millionen Seelen herabgedrückt, politisch und wirtschaftlich vom Weltverleer abgeschnürt, von drei Seiten von hasserfüllten Feindesländern umgeben. Die 3 1/2 Millionen deutschen Stammesbrüder in den Sudeten, in Böhmen und Westungarn werden losgelöst und obendrein der Anschlag Österreichs an Deutschland von der Genehmigung der Entente abhängig gemacht, d. h. verboten. Einen Heeresfrieden nennt man in Österreich den Friedensvertrag mit Recht. Und das Schlimmste ist, daß es kein Mittel gibt, ihm zu entkommen.

Neues vom Tage.

Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 6. Juni. Die deutsche Nationalversammlung wird in der zweiten Hälfte der nächsten Woche nach Berlin einberufen werden. Morgen trifft Präsident Scheubach in Berlin ein.

Anträge an die Nationalversammlung.

Berlin, 6. Juni. Die Fraktion der Deutsch-nationalen Volkspartei hat in der Nationalversammlung den Antrag eingebracht, sowohl den Friedensvertrag als die Gegenvorschläge der Reichsregierung als unerlässlich und unerträglich zu erklären. Der Anschlag Österreichs an das Reich ist „ine Angelegenheit, die nur von diesen beiden Staaten geregelt werden kann.“ Die Deutsche Volkspartei erhebt Einspruch, daß die Gegenvorschläge weder dem Friedensausschuß noch der Nationalversammlung selbst vorgelegt wurden und protestiert gegen die vollständige Auslieferung der Kriegsstotte, die Verabminderung des Heeres auf 100 000 Mann, den Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht, die Abgabe eines einseitigen Schuldbekenntnisses und das Angebot von 100 Milliarden Goldmark Entschädigung.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 6. Juni. Die in letzter Zeit stattgehabte Fühlungnahme zwischen der Deutschnationalen (konservativen) und Deutschen (national-liberalen) Volkspartei wegen Verschmelzung ist ergebnislos geblieben.

Die Zentrumstraktion nahm Stellung zur Friedensfrage. Reichsminister Erzberger gab eine ausführliche Schilderung der gegenwärtigen Lage.

Die Lostrennungsbewegungen.

Berlin, 6. Juni. Graf Brockdorff-Rangau hat in einer an Clemenceau übergebenen Note scharfen Einspruch dagegen erhoben, daß die hochverräterischen Umtriebe im Rheinland von den militärischen Behörden der Belagerung nicht nur geduldet, sondern offen unterstützt werden. Dieses Verhalten sei geeignet, den Friedensschluß und die Durchföhrung seiner Bestimmungen zu gefährden, da Deutschland ohne die Rheinlande die